

Trump plant Schließung des Bildungsministeriums - 50% Stellenabbau!

Entlassungen im Bildungsministerium: Trump plant Schließung, betroffen sind 50% der Belegschaft. Ministerium für mehr Verantwortung der Bundesstaaten.

Vienna, Austria - In einer dramatischen Kehrtwende hat das US-Bildungsministerium unter der Führung von Präsident Donald Trump einen massiven Personalabbau angekündigt, der fast 50 Prozent der Belegschaft betrifft. In einer Mitteilung erklärte Bildungsministerin Linda McMahon, dass diese Maßnahme einen Stellenabbau von rund 4.100 auf nur noch etwa 2.000 Mitarbeiter zur Folge haben wird. Bereits knapp 600 Beschäftigte haben kürzlich in den vorzeitigen Ruhestand eingewilligt, während weitere 1.300 Mitarbeiter am 21. März in den Verwaltungsurlaub geschickt werden, jedoch bis Juni weiterhin Gehalt beziehen. Diese Entscheidung könnte die Fähigkeit des Ministeriums, seine regulären Aufgaben zu erfüllen, ernsthaft beeinträchtigen, wie das Bildungsministerium selbst bestätigt hat. Laut [vienna.at](https://www.vienna.at) handelt es sich hierbei lediglich um einen ersten Schritt zur möglichen Auflösung des Ministeriums.

Trump hatte die Schließung des Bildungsministeriums im Wahlkampf bereits angekündigt, um den Bundesstaaten mehr Verantwortung in Bildungsgeschäften zu übertragen. „Das Ministerium ist ein großer Betrug“, erklärte der Präsident kürzlich und plant, eine Regierungsanordnung zur offiziellen Auflösung des Ministeriums zu unterzeichnen. Ein entsprechender Entwurf, der dem Wall Street Journal vorliegt,

fordert McMahon auf, alle nötigen Schritte zur Schließung einzuleiten. Dabei könnte der Kongress bei der Auflösung des Ministeriums eine entscheidende Rolle spielen, da gesetzliche Genehmigungen erforderlich sein könnten. Über die rechtlichen Herausforderungen, die eine solche Schließung mit sich bringen würde, berichtete die **Zeit**, da zu erwarten ist, dass zahlreiche Klagen gegen die Schließung eingereicht werden.

Die Agenda der Trump-Regierung stößt vor allem bei den Demokraten auf Widerstand, da befürchtet wird, dass essenzielle Aufgaben des Ministeriums, wie der Schutz der Bürgerrechte von Schülern mit Behinderungen und die Verwaltung von 1,6 Billionen US-Dollar an Bundesstudiendarlehen, vernachlässigt werden könnten. Trotz der gesunkenen Präsenz will das Ministerium jedoch gesetzlich vorgeschriebene Programme wie Studenten-Darlehen und die Finanzierung für Schüler mit besonderen Bedürfnissen weiterhin aufrechterhalten. Während die Rolle der Bundesregierung im Bildungssektor traditionell begrenzt ist, ist der Einfluss auf Schulen mit niedrigem Budget und Schüler mit besonderen Bedürfnissen nach wie vor entscheidend, wie Experten betonen.

Details	
Vorfall	Stellenabbau
Ort	Vienna, Austria
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.zeit.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at